

Einwanderung: Anreiz durch legale Billigjobs

Anmoderation

Anja Reschke:

Na, da ist ja einer in Fahrt gerade. Bundesinnenminister Hans Peter Friedrich macht Stimmung: Gegen die Zuwanderung von Bulgaren und Rumänen. In jedem Interview sagt er zurzeit das Gleiche:

O-Ton

Hans Peter Friedrich: „Wer nur hierher kommt, nicht, um zu arbeiten oder zu studieren, sondern um Sozialhilfe zu kassieren, muss wieder gehen. // Es gibt eine bestimmte Zahl, die nur hierherkommt, um Sozialleistungen zu bekommen, das können wir nicht akzeptieren // Wer hier arbeiten will, kann das tun, aber er kann hier nicht herkommen, nur um Sozialleistungen zu kassieren.“

Richtig so: Man kann nicht hierherkommen und einfach den deutschen Staat ausnehmen. Wo kämen wir denn da hin? Das Problem ist nur, Herr Friedrich, 80% der Zuwanderer sind erwerbstätig. Und zwar meistens unter übelsten Bedingungen. Andersrum wird nämlich ein Schuh draus: Nicht die Zuwanderer beuten uns aus – sondern wir beuten die Zuwanderer aus. Tamara Anthony, Johannes Edelhoff und Anne Ruprecht.

Oldenburg in Niedersachsen. Das Herz von Europas Fleischindustrie. Hier arbeiten tausende Rumänen und Bulgaren. Zerlegen Tag und Nacht Fleisch zu Dumpinglöhnen. Wir versuchen Kontakt zu den Arbeitern aufzunehmen. Die meisten haben Angst zu reden. Ein Mann redet dann doch mit uns – will aber nur von hinten gezeigt werden. Er arbeitet über Subunternehmer in einer Geflügelfabrik am Fließband – an einem 10-Stunden-Tag verdient er 40 Euro. Die Methoden, die dort herrschen, sind kaum zu glauben.

O-Ton

„Es wird nicht mal akzeptiert, wenn man sich krank meldet. Es werden dir dann pauschal 120 Euro pro Tag abgenommen.“

In dieser ehemaligen Kaserne bekommt der Mann einen Schlafplatz gestellt. Hier wohnen hunderte Osteuropäer. Der Mann will uns zeigen, wie er wohnt,

O-Ton

Nachgestellte Szene an einer Fabrikpforte

Panorama: „Wir würden gerne rumänische Arbeiter besuchen, die wir heute kennengelernt haben. Wie kommen wir hier durch?“

„Gar nicht.“

„Wieso kommen wir nicht durch? Dürfen die keinen Besuch empfangen?“

„Das Fernseheteam kommt hier nicht rauf?“

„Aber die Menschen können uns doch selber vor Ort empfangen?“

„Die Menschen müssen sich an die Hausrechte halten!“

Am Telefon verspricht der Besitzer, er werde zur Pforte kommen, erscheint aber nicht. Im Internet finden wir die Unterkunft des Mannes. Bis zu sechs Leute wohnen in einem Zimmer, schlafen in Etagenbetten. Unter der Rubrik, was sie mitbringen müssen, wird den Osteuropäern geraten: „Gute Laune – und viel Elan“.

Gegen diese Ausbeutung gehen mittlerweile viele auf die Straße. Denn immer mehr Schlachtereien arbeiten fast nur noch mit Dumpinglöhnen. Die Schlachtbetriebe behaupten der Konkurrenzdruck zwingt sie dazu.

O-Ton

Matthias Brümmer,
Gewerkschaft NGG:

„Die Dimension ist mittlerweile so, dass wir alleine hier in unserer Region, Weser-Ems, über mehrere tausend Beschäftigte reden, die aus Osteuropa kommen und hier vor sich hinvegetieren und so zu miesesten Lohn- und Sozialbedingungen arbeiten.“

Sie haben bis vor kurzem im Akkord Schweine zerlegt. Bis ihr Arbeitgeber, ein Subunternehmer, Pleite ging. über 5000 Euro wurden ihnen nicht bezahlt. Auch das typisch in der Branche.

O-Ton

„Die Fleischfirma hat uns immer versprochen, dass es für uns Arbeiter weitergeht. Das haben die garantiert. Doch dann ist das neue Subunternehmen gekommen mit neuen Mitarbeitern, denen noch weniger Geld bezahlt wurde als uns.“

Dabei waren auch sie schon zu prekären Bedingungen beschäftigt. Zehn Stunden im Kühlhaus, immer dieselben monotonen Handgriffe, fast immer nur Nachtschichten. Am Ende blieben oft nur 1.100 Euro.

O-Ton

„Am Ende des Tages bist du kaputt! Die Hände tun weh. Ich bin an der Hand schon zweimal operiert worden. Und der Rücken schmerzte. Abends wenn ich mich ins Bett gelegt habe, konnte ich vor Schmerzen nicht schlafen, ich musste die Arme nach oben halten und so schlafen.“

Trotz der Schmerzen und OPs. Sie wollen unbedingt ihre alte Arbeit zurück – in Rumänien sei es noch schlimmer.

O-Ton

„Ich habe mich schon dran gewöhnt, die Schmerzen zu ignorieren. Ich habe wie ein Roboter gearbeitet! Und ich will wieder zurück, dort arbeiten.“

Panorama: „Auch wenn Sie immer wieder operiert werden müssen?“

„Ja, auch wenn Operationen nötig sind.“

Ganze Branchen - ohne normale Arbeitsverhältnisse. Sie florieren wegen der Not anderer. Ausbeutung heißt das in Normaldeutsch.

Eigentlich ist laut Strafgesetzbuch die „Ausbeutung der Arbeitskraft“ sogar strafbar. Doch der Paragraph ist in der Regel wirkungslos.

Ulf Küch vom Bund deutscher Kriminalbeamter kritisiert das seit Jahren. Er ist Kriminaldirektor, kennt die Ausbeuter und würde gern gegen sie ermitteln.
Die Crux: Um sie zu bestrafen, müssen die ausgebeuteten Arbeiter vor Gericht bestätigen, dass sie sich ausgebeutet fühlen.

O-Ton

Ulf Küch,

Bund deutscher Kriminalbeamter:

„Es werden keine polizeilichen Ermittlungen Erfolg haben, weil die Menschen nicht aussagen werden. Sie sind aus einer Zwangssituation hierhergekommen, sie arbeiten hier unter Zwang und sie werden auch nicht aussagen und damit ist der Paragraph im Grunde genommen für uns Ermittlungsbehörden gegenstandslos.“

O-Ton

Doris Köhncke,

Fraueninformationszentrum Stuttgart:

„Betroffene von Arbeitsausbeutung sind in einer wirtschaftlichen Notlage und wollen einfach Geld verdienen und deswegen sehen sie die Person, die sie z.B. vermitteln, in Arbeit bringen, als die Guten und durchschauen das manchmal nicht, dass die eigentlich nur abzocken und mit ihnen Geld verdienen und sagen dann, ich kann doch den nicht anzeigen, weil der hat mir doch geholfen, Arbeit zu finden.“

Der Subunternehmer Klaus Stabrey hat jahrelang von dem System profitiert. Für ihn arbeiteten viele Rumänen als Fleisch-Zerleger – immer in der Nachtschicht.

O-Ton

Panorama: „Sie haben ja auch Osteuropäer beschäftigt.“

Klaus Stabrey, ehem. Unternehmer: „Jo.“

Panorama: „Die sind ja eigentlich auch in einer Zwangslage, weil sie in ihrem Heimatland keine Alternative haben. Haben Sie als Subunternehmer das nicht auch mit ausgenutzt?“

Klaus Stabrey, ehem. Unternehmer: „Nö. Würde ich nicht sagen. Ich habe die immer fair behandelt. Fair bezahlt.“

Panorama: „Man landet bei Ihnen je nach Zeit und Auslastung in der untersten Lohnstufe zwischen 1,3 und 900 Euro im Monat für einen Knochenjob und bis zu zehn Stunden Arbeit.“

Klaus Stabrey, ehem. Unternehmer: „Ja.“

Panorama: „Und Sie haben fünfstellig verdient?“

Klaus Stabrey, ehem. Unternehmer: „Dazu will ich nichts sagen.“

Was er nicht sagen will: Stabrey hat sich selbst ungefähr 20.000 Euro pro Monat genehmigt als Geschäftsführer.

Ausbeutung gibt es in vielen Branchen. Sie hat Angst, erkannt zu werden. Pfl egte in Stuttgart für 750 Euro im Monat ein krankes, altes Ehepaar. Rund um die Uhr, an 40-Stunden-Woche war nicht zu denken.

O-Ton

„Ich immer beschäftigt, den ganzen Tag, hast du zwei Stunden frei, den ganzen Tag, manchmal auch in der Nacht. Immer beschäftigt. Und dann hab ich gesagt, mein Gott, das ist zu viel. Viel zu viel.“

Doch gegen ihre Arbeitgeber aussagen und ihren Job gefährden wollte sie nicht.

O-Ton

„Ich will, dass es meinem Kind, meinem einzigen Kind gut geht und es besser leben kann als ich. Deswegen bin ich hier.“

O-Ton

Ulf Kühn,

Bund deutscher Kriminalbeamten:

„Also wenn der Staat jetzt hier nicht reagiert, dann leistet er ja dieser himmelschreienden Ungerechtigkeit Vorschub. Und das kann nicht richtig sein. Es muss jetzt was passieren.“

Das Gesetz wird im Ministerium für Justiz von Sabine Leutheusser-Schnarrenberger sogar gerade überarbeitet. Panorama liegt der Referentenentwurf vor. Doch das Entscheidende bleibt unverändert: die Strafbarkeit hängt weiter von der Aussage der Opfer ab.

O-Ton

Prof. Joachim Renzikowski,

Strafrechtler:

„Der Referentenentwurf greift dieses Thema halt nicht umfassend auf, sondern begnügt sich mit einer Umsetzung auf dem kleinstmöglichen Nenner und lässt die ganzen Probleme, die im bisherigen Recht nicht gelöst sind, weiterhin ungelöst.“

Und warum? Dazu will die Ministerin kein Interview geben. Ihr Entwurf hat für die Industrie jedenfalls einen angenehmen Nebeneffekt: Erfüllungsaufwand - also Kosten für die Wirtschaft entstehen keine - Dumpinglöhne sind weiter möglich.

O-Ton

Doris Köhncke,

Fraueninformationszentrum Stuttgart:

„Ich würde sagen, bisher macht Deutschland da die Augen zu und bemüht sich auch nicht, irgendetwas zu regeln, weil es natürlich auch praktisch ist. Wir profitieren ja davon, wenn die Baustelle billiger wird, wenn das Essen im Restaurant günstiger ist, wenn die Betreuungskraft den alten Menschen 24 Stunden um die Uhr günstig pflegt.“

Und so werden immer mehr Rumänen und Bulgaren hierher kommen und zu Dumpinglöhnen arbeiten - geduldet von der Politik.

Abmoderation

Anja Reschke:

Nun, einer zumindest beschwert sich ja gerade kräftig: Bundesinnenminister Friedrich. Seine doch eindruckliche Antwort auf unsere Fragen können Sie auf unserer Internetseite nachlesen: unter www.panorama.de

Autoren: T. Anthony, J. Edelhoff, A. Ruprecht, K. Jablonska
Schnitt: M. Ortmanns, T. Hasselhuhn